

UNI INFO

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg.

11/80

11. Juli

Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Lüttmann Druck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg, Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Jura-Kommission mit Alibifunktion?

Am heutigen Freitag ist die Kommission, die sich mit der Frage beschäftigt, ob an der Universität Oldenburg ein juristischer Fachbereich eingerichtet werden soll, erstmals zusammgetreten. Ihr gehören neben dem Präsidenten der Universität Oldenburg die Professoren Frau Knobbe-Keuck Bonn, Arens (Freiburg), Heldrich (München), Merzbacher (Würzburg), Rühner (Saarbrücken) und Rechtsanwalt Dr. Creibinger (Hildesheim) sowie je ein Vertreter aus dem Justiz-, Finanz- und Wissenschaftsministerium an. Damit ist eine Forderung von Regionalvertretern, an der Kom-

missionsarbeit beteiligt zu werden, nicht in Erfüllung gegangen.

„Außerordentlich skeptisch äußerte sich über die Arbeit der Kommission der regierungsnahen „Rundblick“. Er spricht davon, daß die Kommission zum „scheinobjektiven Alibi für die Entscheidung“ werden könne, die in diesem Falle die Regierung zu treffen habe. Die Kommission laufe Gefahr, zu einem Bestattungsunternehmen zu werden. Wörtlich: „Sie soll eine Absicht zu Grabe tragen, deren Beerdigung durch das Kabinett preiswerter wäre und mutiger wohl auch.“

Dagegen haben Vertreter der regionalen Verbände und Parteien nochmals nachdrücklich ihre Forderungen nach einem bereits im Grundsatz zugesagten Studiengang Rechtswissenschaften bekräftigt. Sie verwiesen dabei auf die von einer regionalen Expertenkommission vorgelegte Studie über die Einrichtung eines Studiengangs Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg. Sie war Ministerpräsident Albrecht im März des Jahres von einer Oldenburger Delegation übergeben worden - an ihrer Spitze Oberbürgermeister Hans Fleischer. gh

„Ein ähnlicher Unsinn wie Reitunterricht ohne Pferde“

Fach Musik kämpft um Absicherung des musikpraktischen Unterrichts in der Ausbildung

„Wir werden ein Notprogramm erstellen müssen und kommen hoffentlich in diesem Jahr über die Runden.“ Mit dieser Bemerkung kommentierte der Vorsitzende der Studienkommission Musik, Akademischer Rat Dr. Niels Knolle, die Ankündigung des Wissenschaftsministeriums, zur Absicherung des musikpraktischen Unterrichts für Studenten in diesem Jahr zusätzlich 50.000 Mark zur Verfügung zu stellen und eine BAT IIa-Stelle vorzeitig freizugeben. Das Zugeständnis hatte das Ministerium gemacht, nachdem sich das Fach Musik an die Öffentlichkeit und an Landtagsabgeordnete beider Fraktionen gewandt hatte, die auch Hilfe zusagten.

Daß trotz der schnellen Reaktion des Ministeriums Lehrende und Lernende des Faches Musik nach Hannover führen, um mit Pauken und Trompeten, aber auch mit Flöten und Geigen dem Minister ein Ständchen zu bringen, hing damit zusammen, daß das ministerielle Angebot nicht ausreicht - „schon gar nicht mittel- und langfristige“, so Knolle.

Tatsächlich sieht der Haushalt für das kommende Jahr keine wesentliche Zuwachsrate für die Erteilung des musikpraktischen Unterrichts vor, obwohl die Studentenzahl wegen der Aufhebung der Zulassungsbeschränkungen sich innerhalb eines Jahres um 50 Prozent erhöht hat. Nach Berechnungen des Faches müßte die nach den curricularen Normwerten errechnete Summe 430.000 Mark betragen. Der Haushaltsentwurf 1981 sieht aber nur etwas mehr als die Hälfte für die etwa 300 Musikstudenten vor.

Dieser Widerspruch wird offensichtlich auch vom Ministerium gesehen - allerdings mit anderer Perspektive.

Das Ministerium möchte die Problemlösung durch Umverteilung von Uni-Haushaltsmitteln der Hochschule selbst aufhalsen - zu Lasten anderer Fächer. Auch die vorgeschlagene erneute Verschärfung des numerus clausus für das Fach Musik in Oldenburg, das neben der Musikhochschule Hannover die einzige Einrichtung ist, die auch Musiklehrer für den Sekundarbereich II ausbildet, „kann keine geeignete Maßnahme sein, um der Sache gerecht zu werden“ (Knolle). Denn zumindest in diesem Punkt sind sich alle Beteiligten einig: Es gibt viel zu wenig Musiklehrer. Etwa 50 Prozent des vorgesehenen Unterrichts fallen in Niedersachsen aus, was den Niedersächsischen Kultusminister Dr. Werner Remmers schon mehrmals zur öffentlichen Forderung nach forcierter Ausbildung von Musiklehrern bewegen hat.

Wie dringend dabei der musikpraktische Anteil der Ausbildung ist, machen die auch existentiell betroffenen Instrumental- und Gesangslehrer, die sich als „Hilfslehrkräfte“ ohnehin

unterbezahlt fühlen, in einem Brief an den Minister deutlich. „Musikausbildung ohne Instrumentalunterricht“, hieß es da, „ist ein ähnlicher Unsinn wie Reitunterricht ohne Pferde.“ gh

Krüger weiter in Reformkommission

Professor Dr. Rainer Krüger, ehemaliger Rektor der Universität Oldenburg, wurde von Bremen als Mitglied für die ständige Kommission für die Studienreform auf Bundesebene vorgeschlagen. Dem Vorschlag hat sich die Kultusministerkonferenz inzwischen angeschlossen. Als Vertreter des Landes Niedersachsen war Krüger bereits in den ersten beiden Jahren in der Reformkommission tätig und legte gemeinsam mit dem Hamburger Vertreter, Achatz von Müller, das erste Grundsatzpapier für die Studienreform vor, das von der CDU heftig angegriffen wurde, von dem gleichwohl aber wesentliche Teile in einen Kompromiß einfließen.

Als Krüger dann von Niedersachsen nicht mehr für die Arbeit in der zentralen Kommission nominiert wurde, schlug ihn Bremen mit Unterstützung der übrigen SPD-regierten Länder als seinen Vertreter vor.

Zuviel heiße Luft

Die in diesem Semester nach langem Hin und Her vor dem Sporttrakt aufgeblasene Traglufthalle konnte bisher nicht benutzt werden, weil sie zunächst nur mit einer groben Asphaltdecke ausgestattet ist, auf der nach Angaben des Zentralen Aufgabenbereichs Hochschulsport gemäß den gesetzlichen Bestimmungen kein Sport betrieben werden darf. Nun soll die Halle mit einem Kunststoffbelag ausgestattet werden, so daß die Nutzung zum Wintersemester 1980/81 sicher erscheint - ein Jahr nach dem ursprünglichen Termin für die Inbetriebnahme.

Raapke und Köll Vizepräsidenten

„Beauftragter“ erhielt im ersten Wahlgang 58 Stimmen

Auf seiner Sitzung am 25. Juni hat das Konzil der Universität den Erziehungswissenschaftler und derzeitigen beauftragten Interimspräsidenten, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, zum Ersten Vizepräsidenten und den Chemiker und derzeitigen Dekan des Fachbereichs Mathematik/Naturwissenschaften, Professor Dr. Peter Köll, zum Zweiten Vizepräsidenten gewählt. Raapke wurde im ersten, Köll im zweiten Wahlgang nominiert. Die beiden Vizepräsidenten setzten sich jeweils gegen die Mathematikerin Professor Dr. Irene Pieper-Seier durch, die vom Bund Demokratischer Wissenschaftler (BdWi) auch als Präsidentschaftskandidatin aufgestellt worden war.

Raapke und Köll werden voraussichtlich gemeinsam mit dem am 4. Juni gewählten neuen Präsidenten der Universität, Dr. Horst Zilleßen, am 1. Oktober ihre Ämter antreten.

Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke (51) wurde nach wissenschaftlicher Tätigkeit in der Erwachsenenbildung in Göttingen 1965



Professor Dr. Peter Köll (39) wurde nach Assistententätigkeit an der Universität Hamburg 1975 an die Universität Oldenburg berufen.

Nachdem er zunächst als stellvertretender Vorsitzender für den Fachbereich Mathematik/Naturwissenschaften tätig war, wählte ihn im Oktober 1978 das zuständige Gremium zum Dekan. In dieser Funktion setzte sich Köll insbesondere für den Ausbau der Naturwissenschaften ein, mit dem noch im Herbst begonnen werden soll. Köll wurde von dem sozialdemokratischen „Arbeitskreis Hochschulpolitik“ (AKH) zur Kandidatur für dieses Amt aufgefordert. gh

Ritzel neuer Dekan im FB II

Professor Dr. Fred Ritzel, Hochschullehrer im Fach Musik, wurde als Nachfolger für den Germanisten Professor Dr. Wilfried Stöltzing zum neuen Dekan des Fachbereichs II „Kommunikation/Ästhetik“ gewählt. Der 42jährige Musikwissenschaftler wurde im November 1974 an die Universität Oldenburg berufen. Offiziell beginnt seine Amtszeit am 1. August 1980. Weil er sich jedoch dann im Urlaub befindet, werden zunächst Professor Dr. Ulrich Günther und dann Professor Dr. Winfried Boeder die Vertretung bis Anfang September übernehmen.



FDP-Vertreter in der Universität

Im Rahmen der regelmäßigen Informationsgespräche mit den Parteien hat am Freitag, dem 4.7.1980, Interimspräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke Vertreter des FDP-Bezirksverbandes Oldenburg, unter ihnen die Bundestagskandidaten Bredehorn und Professor Dr. Freitag sowie der ehemalige Wirtschaftsminister Erich Küper, in der Universität Oldenburg empfangen. Einigkeit bestand auf beiden Seiten nicht nur über die Notwendigkeit eines über die jetzige Planung hinausgehenden Ausbaues der Universität, sondern auch über die anzustrebende Erweiterung des Fächerspektrums. Insbesondere wurden Rechtswissenschaften und Zahnmedizin genannt.



Ein Ständchen mit Pauken und Trompeten: Musikstudenten vor dem Wissenschaftsministerium. Foto: Pietruschka

Start in Wechloy mit autarkem Energielabor

Wenn alles gut geht, wird noch im Herbst mit dem Bau der naturwissenschaftlichen Gebäude auf dem Standort Wechloy begonnen. Zu den ersten Baumaßnahmen gehört neben der Erschließung das von Oldenburger Wissenschaftlern entwickelte Energielabor, das seinen Energiebedarf ausschließlich durch Sonne, Wind und Erdwärme deckt. Arbeiten werden in dem autarken Labor Biologen, Chemiker, Mathematiker und

Physiker, die sich in dem Projekt „Alternative Technologien der Rohstoff- und Energienutzung“ (ALTEC) zusammengeschlossen haben.

Mitte Juni ist der Gesamtkomplex in Wechloy ausgeschrieben worden. Bei Fertigstellung - nicht vor 1984 - werden den Naturwissenschaftlern knapp 1700 flächenbezogene Studienplätze zur Verfügung stehen.

„Die Einheit von Forschung und Lehre ist unterwegs verlorengegangen“

Prodosh Aich über die Schwierigkeit, Projektstudium und Drittmittelforschung zu vereinbaren

Es gibt, nicht nur an unserer Universität, unterschiedliche Vorstellungen über die Organisation des Projektstudiums. Dennoch ist ihnen gemeinsam, daß sie die Einheit von Forschung und Lehre, von beruflicher und gesellschaftspolitischer Praxis anstreben. Die Unterschiede treten bei der praktischen Verwirklichung dieser Einheit auf.

Den Projekten gemeinsam ist auch, daß das Lernen beim Forschen stattfinden soll. Hier enden die Übereinstimmungen. Was ist forschendes Lernen? Sollen die Studierenden Probleme lösen? Welche Probleme? Probleme, die nur aus der Fachsystematik abgeleitet werden, oder solche des Alltags, die sich bei systematischer Anwendung des bereits angesammelten Wissens lösen lassen? In beiden Fällen lassen sich Bezüge zur berufs- und gesellschaftspolitischen Praxis herstellen. Dann reduziert sich das forschende Lernen auf wissenschaftliche Puzzelosigkeit. Bei der Lösung komplexer Puzzles eignen sich die Studierenden die wissenschaftliche Arbeitsweise an. Die Lehrenden kennen die richtigen Antworten schon. Das Arbeitsprodukt ist dabei weniger wichtig. Die Lehrenden programmieren die Arbeit und lernen selbst wenig. Die Einheit von Forschung und Lehre fällt auseinander. Wenn aber produktorientiert gearbeitet wird, lernen auch die Lehrenden im gleichen Arbeitszusammenhang. Das zu lösende Problem muß ein wirkliches sein und nicht ein fachwissenschaftliches. Probleme in der Gesellschaft sind nicht fachwissenschaftlich strukturiert. Und ihre Lösungen werden auch nicht danach beurteilt.

Problemlösung in diesem Sinn verlangt zwei Voraussetzungen, die sich unter den gegenwärtigen Bedingungen der Universität schwer schaffen lassen. Erstens muß das Projekt wie ein Forschungsbetrieb oder wie ein Planungsamt arbeiten, d.h. die Arbeit muß termingebunden geplant werden, der Zugang zu den Materialien sichergestellt sein und unabhängig vom Semesterhythmus kontinuierlich fortgeführt werden können. Denn der Anspruch der gesellschaftspolitischen Praxis kann nicht eingelöst werden, wenn die Entwicklungen im Gegenstandsbereich der Erforschung vorausliefe, wenn nur eine retrospektive Analyse jener Praxis vorgenommen wird, die von anderen verwirklicht worden ist.

Die zweite Voraussetzung ist eine Arbeitsteilung, die es den kontinuierlich arbeitenden Studierenden ermöglicht, im sinnvollen Abschlüssen in das Projekt ein- und auszusteigen. Beim Ausstieg muß ihnen das Recht auf die Verwertung ihrer eigenen Arbeiten erhalten bleiben. Aus dieser Einsicht heraus wurden im Projekt 'Umweltentwicklung und Planung im küstennahen Gebiet' schon früh Überlegungen darüber angestellt, wie die Arbeit im Projekt mit der eines Forschungsbetriebes bzw. Planungsamtes vergleichbar organisiert werden könnte. Die dabei möglicherweise auftretenden Widersprüche sind in der vom ZPB herausgegebenen Veröffentlichung P 9: Möglichkeiten und Grenzen des Projektstudiums, erschienen 1978, bereits dargestellt worden.

Es ist allgemein bekannt, daß die Studierenden in der veranstaltungsfreien Zeit qualifikationsfremde Arbeiten verrichten müssen. Die Folge ist, daß nicht nur diese Zeit für ihre Qualifizierung und für die Produktion von Forschungsergebnissen wegfällt, sondern auch jene Zeit, die für die jeweilige erneute Einarbeitung notwendig ist. Die Universitäten im allgemeinen besitzen keine Forschungsmittel für die Bezahlung von

In diesem Semester sind die Naturwissenschaftler aus dem langjährigen Projekt 44 „Umweltentwicklung und -planung im küstennahen Bereich“ ausgestiegen und haben ein eigenes Projekt „Lebensraum Küstenbereich“ gegründet. Akademischer Oberrat Dr. Prodosh Aich, Soziologe im Fachbereich III, sieht die Hauptursache für diesen Konflikt in der möglichen Unvereinbarkeit von Projektstudium und Drittmittelforschung. Sein Beitrag befaßt sich deshalb auch nicht primär mit der konkreten Auseinandersetzung als vielmehr mit dem grundsätzlichen Problem „Drittmittelforschung und Projektstudium“. Der Artikel soll gleichzeitig zu einer breiteren Diskussion anregen.

studentischer Forschungsarbeit in der veranstaltungsfreien Zeit. Unsere Universität im besonderen hat nicht einmal die Mittel, wissenschaftliche Hilfskräfte in ausreichender Zahl zu finanzieren. Deshalb schienen den Mitgliedern unseres Projekts Drittmittel als der einzige Ausweg für eine kontinuierliche problemlösende Projektarbeit zu sein.

Die Vergabebedingungen von Drittmitteln zwingen Forschungen ein Zeitbudget auf. Aus zwei Gründen wurde der von Drittmitteln ausgehende Termindruck als nicht so schwerwiegend angesehen: einmal drängt die Lösung des Problems schon deshalb, weil es möglichst schnell gelöst werden muß und weil konkurrierende Einrichtungen parallel zum Projekt auch an der Lösung arbeiten. Zweitens kann ohne Termindruck aus der problemlösenden Arbeit leicht eine puzzelösende werden, wenn die gesellschaftliche Verantwortlichkeit nicht gegeben ist. Der Anspruch, auf die gesellschaftliche Entwicklung durch die Projektarbeit Einfluß zu nehmen, setzt das Projekt auf jeden Fall unter Zeitdruck, ob mit oder ohne Drittmittel. Die kürzliche Auseinandersetzung im Projekt, die zum geschlossenen Austritt der naturwissenschaftlichen Lehrenden und einigen laufend aus Drittmitteln bezahlten naturwissenschaftlichen Studierenden führte, hat im Projekt zu der Einschätzung geführt, daß Projektarbeit in dem Sinne, wie wir sie konzipiert hatten, mit Drittmitteln nicht zu vereinbaren ist. Die Verteilung des Geldes ist organisatorisch kompliziert. Das Interesse der Studierenden wird unterschiedlich beeinträchtigt. Es gibt bezahlte und nicht bezahlte Studierende im Projekt.

Das Projekt lebt vom Engagement und dem Interesse der Studierenden. Genau das gehe mit der Verteilung von Geld verloren. Hinzu kommt noch die alleinige Verfügungsgewalt über diese Mittel durch die Antragsteller. Sie gingen gegenüber dem Drittmittelgeber Verpflichtungen ein, infolgedessen müßten sie auch die alleinige Verfügungsgewalt behalten, denn sie verantworten schließlich die Arbeit. So ist die Argumentationskette.

Würden diese in unserem Projekt gemachten Erfahrungen zwangsläufig sein, dann besteht ein nicht zu überwindender Widerspruch zwischen unserem Projektanspruch und den materiellen Bedingungen unserer Universität. Es gibt zwar viele Probleme, die mit wenig Mitteln bearbeitet werden können; es darf aber nicht übersehen werden, daß nicht alles durch Arbeit ersetzt werden kann. Es bliebe also für das Projektstudium die Alternative, Puzzle oder randliche Probleme zu bearbeiten, an denen keine andere Institution in Konkurrenz arbeitet und deren Bearbeitung keinem zeitlichen Druck ausgesetzt ist.

Die bisherige Praxis in unserem Projekt scheint dieser Einschätzung recht zu geben. Die Begeisterung und das Interesse der Studierenden für das Gesamtprojekt hat mit ihrer Beteiligung an Arbeiten, die über Drittmittel finanziert wurden, abgenommen. Die Begeisterung und das Interesse jener Lehrenden, die Drittmittel

angeworben hatten, an zentralen Veranstaltungen des Projekts teilzunehmen, nahm ebenfalls ab. Selbstdarstellungen und Konkurrenzdenken der Lehrenden waren unüberschaubar. Das Gesamtinteresse des Projekts wurde nachrangig. Die Konkurrenz um die Anwerbung von Drittmitteln verdrängte auch die Frage, ob nicht über die Drittmittel die Forschung in bestimmte Richtungen gesteuert werden würde, die in Widerspruch zum Projektanspruch stehen könnten.

Die Beteiligung der Studierenden an den Forschungsarbeiten im Projekt setzt eine kleinteilige Arbeitsorganisation voraus. Damit der Gesamtzusammenhang nicht verloren geht, müssen regelmäßig zentrale Diskussionen stattfinden. Geschieht das nicht, könnte die studentische Arbeit im Projekt auf eine weitaus verwerflichere Ausbeutung studentischer Arbeitskraft hinauslaufen als wir sie von traditionellen Universitäten kennen. Wenn sie die unvermeidbare Konsequenz aus der Drittmittelforschung wäre, dann ist Drittmittelforschung mit Projektstudium nicht zu vereinbaren.

Zu fragen ist, ob die in unserem Projekt gemachten Erfahrungen zwingend gewesen sind. Ob es nicht doch möglich gewesen wäre, gleichsam auf einem schmalen Grat gehend, das Abrutschen auf die andere Seite zu vermeiden. Ober, ob das Abrutschen unversehens und plötzlich geschieht, wie in unserem Projekt. Zu spät ist erkannt worden, daß die Schwerpunkte der Forschung nicht mehr bei der Aufklärung lagen, sondern bei der Entwicklung industriell auswertbarer Technologien, obwohl der Ausgangspunkt eine gesellschaftspolitisch wichtige Aufklärung gewesen war. Es ist nicht auszudenken, was geschehen wird, wenn im 'Großraum', also im neuen Projekt der Naturwissenschaftler, etwas 'patentreif' entstehen würde.

Wissenschaftliche Forschungen haben zwei analytisch von einander zu trennende Funktionen: die der Aufklärung, die das Problembewußtsein schärft, und die, Lösungen zu erarbeiten. Die zweite Funktion kann auch ohne Aufklärung wahrgenommen werden. Das Verwertungsinteresse wird zum alleinigen Ziel. Verwertet werden können die Forschungsergebnisse in der herrschenden Ordnung nur von den Mächtigen. So wird wissenschaftliche Forschung zum Herrschaftswissen.

Die Verwertungslosigkeit unseres Projekts wurde augenfällig, als nicht unser Projekt, sondern das fernere Öko-Institut in Freiburg die Berichte des Sozialministeriums des Landes Niedersachsen über die Bleibelastung analysierte und in ihren Konsequenzen öffentlich machte. Unser Projekt hat ein Gutachten über Bleibelastung für die Stadt Oldenburg erstellt, den Inhalt aber den Betroffenen nicht bekannt gemacht. Die Stadt wickte mit einem zweiten Auftrag, der nie kam.

Diese Verwertungslosigkeit würde weiter deutlich, als die studentischen Projektmitglieder selbst Schwerpunkte der Arbeit entwickelten, deren Ergebnisse keine Perspektiven für eine industrielle Verwertung in Aussicht stellten, umso mehr aber die der Aufklärung. Von Seiten der Leh-

renden erfuhren sie eine entschiedene Ablehnung, die je nach Opportunität auf verschiedenen Ebenen begründet wurde. Der Eindruck blieb, daß die abgegebenen Begründungen Rechtfertigungen waren. Die Arbeitskraft jener Studenten, die den neuen Schwerpunkt entwickelt hatten, war bereits für die Drittmittelforschung verplant. Die Grundlage einer inhaltlichen Mitbestimmung war damit nicht mehr gegeben.

Die Drittmittelforschung verselbständigt sich. Die Entwicklung geht in Richtung eines Instituts entsprechend dem NHG. Die Lehre wird zweitrangig entgegen dem Projektanspruch. Die Folge ist auch ein kleinteiliges Spezialistentum, ohne daß die einzelnen Studierenden den Gesamtzusammenhang im Blick behalten können. Für zentrale Veranstaltungen, die das hätten verhindern können, fehlte angeblich die Zeit. Das Interesse der Lehrenden war deutlich forschungs- und nicht lehreorientiert. Die Einheit von Forschung und Lehre ist unterwegs verlorengegangen.

Diese in unserem Projekt gemachten Erfahrungen sind nicht zufällig. Auch wenn die Persönlichkeitsmerkmale der Wissenschaftler eine Rolle gespielt haben mögen, wichtiger erscheint mir die oben beschriebene strukturelle Seite des Problems. Es müßte gemeinsam in der Hochschulöffentlichkeit darüber nachgedacht werden, ob Drittmittelforschung und Projektarbeit tatsächlich in Widerspruch stehen, oder ob Bedingungen zu präzisieren wären, die diesen Widerspruch nicht entstehen lassen.

Folgende Fragen scheinen mir in diesem Zusammenhang noch unbeantwortet zu sein. Ihre Klärung müßte zu den Voraussetzungen gehören. Wie können die Qualifikationsinteressen der Lehrenden, die mehr im Bereich der Forschung liegen, mit den Qualifikationsinteressen der Studierenden, die mehr in der Einheit von Lehre und Forschung liegen, in Einklang gebracht werden? Wie kann sichergestellt werden, daß die Forschungsschwerpunkte nicht von den Lehrenden aufgesetzt oder von Drittmitteln gesteuert werden? Wie kann sichergestellt werden, daß die Studierenden inhaltlich mitbestimmen können, damit ihr Interesse an der Arbeit erhalten bleibt? Wie kann sichergestellt werden, daß die Ergebnisse der Arbeit nicht vorwiegend von den Lehrenden zu eigenem Nutzen verwertet werden?

Wahrscheinlich wären auch noch andere Bedingungen aus den Erfahrungen anderer Projekte zu formulieren. Die Ergebnisse einer solchen Diskussion müßten in der Drittmittelforschung unserer Universität aufgenommen werden. Ohne eine solche Diskussion wird die noch zu verabschiedende Drittmittelforschung der Realität unserer Universität nicht gerecht.

Ausbildungsverkürzung

Eine Verkürzung der Ausbildungszeit wurde auf der WRK-Jahrestagung befürwortet, um die Chancen der Hochschulabsolventen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Voraussetzung dafür sei einerseits die Streichung des 13. Schuljahrs, andererseits die Straffung des Studiums. Letztere würde dadurch ermöglicht, daß in der Lehre Professoren das ganze Fach abdecken müßten, auch wenn sie in der Forschung eng spezialisiert seien. Unter dem Gesichtspunkt der Gleichwertigkeit verschiedener Hochschulabschlüsse wurde erneut betont, daß trotz entgegenstehender politischer Realitäten das Besoldungssystem überdacht werden müsse.

Berufsverhütung

Immer, wenn etwas zum Himmel stinkt, gibt es zwei Methoden, das Übel zu beheben. Entweder man beseitigt den Gestank, oder man tut etwas gegen das Naserümpfen. Da das zweite Verfahren entschieden kostengünstiger ist als das erste, wird es von der Industrie bevorzugt angewendet, die gegen die Naserümpfer ihre kreativen Jungs von der kosmetischen Abteilung mobil macht. Und die verwandeln dann im Handumdrehen eine garstige Atommülldeponie in einen lieblichen Entsorgungspark, die umgekippte Elbe in einen intakten Wasserlauf mit - leider - einem „Sauerstoffloch“ darin, oder die befinden über den Rhein, daß sein Wasser „doppelt so gut“ ist wie vor zehn Jahren - man hätte auch sagen können, immer noch halb so schlecht, und das reicht immer noch nicht zum Baden.

Allein, bei aller Hochachtung vor den Fertigkeiten der Fassadenmaler und der Saubermacher mit den schönen Worten - eines können sie noch nicht: den Gebrauch von Wörtern, die ihren Auftraggebern nicht passen, durch geeignete Beschwörungsformeln unterbinden. Das aber kann, anders als die Industrie, die hier noch nachzuholen hat, heute bereits der Niedersächsische Wissenschaftsminister Pestel, der durch Ministerialerlaß der Oldenburger nicht so genannt sein dürfen, der Carl-von-Ossietzky-Universität die Benutzung eines Worts verboten hat: des Worts „Berufsverbot“. Zitat aus dem Erlaß, die Säuberung des Vokabulars und damit die Entschmutzung der Atmosphäre im Wissenschaftsbereich betreffend:

„In zwei Beiträgen im Uni-Info wird das Wort 'Berufsverbot' verwendet, um den Sachverhalt zu bezeichnen, daß Bewerber um Stellen der Universität aufgrund des Ergebnisses des Verfahrens nach dem Beschluß des Landesministeriums über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht eingestellt werden dürfen“. Das war wohl Eigenbau, und kein fixer kreativer Junge hat da mitgeholfen bei der höchst ministerialen Symtaxfindung. Also noch einmal und auf Deutsch: die Oldenburger Uni-Zeitung hatte die Tatsache als Berufsverbot bezeichnet, daß Bewerber um einen Uni-Job ihrer Gesinnung wegen nicht genommen wurden.

Zitat: „Das ist eine Fehlinformation. Das politische Schlag- und Reizwort vom 'Berufsverbot' für Radikale ist völlig fehl am Platz und soll offensichtlich nur politische Emotionen wecken. Die Verfassung und die sie konkretisierende Regelung des Beamtenrechts statuieren kein Berufsverbot. Sie stellen nur ein legitime Zulassungsvoraussetzung auf. Wer dem Staate dienen soll, darf nicht gegen den Staat aufbegehren und anrennen wollen“. Wes Brot ich eß, des Lied ich sing, heißt das im Volksmund; oder im Mittelalter: Cuius regio, eius religio. In Hannover sagt man: „...bitte ich sicherzustellen, daß sich solche irreführenden Darstellungen in Veröffentlichungen der Universität nicht wiederholen“.

Seither herrscht in Oldenburg das große semantische Unbehagen - was soll man nun sagen, wenn jemand der Beruf verboten wird? „Berufsverbot“, qua ordre du mufti, geht nicht - wie ist es mit einem Berufsverzichtsgesamt, mit einer Berufsbindung, einer Berufsverhütung, einer Berufsunterbrechung aus politischer Indikation?

Was aber immer noch zu sehr an das Original erinnert, das ja verboten ist in Niedersachsen; drum hat die Oldenburger Uni die fixen Jungens aus der kreativen Branche angesprochen - Statt von „Berufsverbot“ soll nämlich Fortan von Berufsfeldverzichtsgesamt, von Berufswegebegradigung und von Berufszielentflechtung die Rede sein.

(Jurgen Holtkamp im Saarlandischen Rundfunk)

Bessere Koordination in der Küstenforschung gefordert

Eine bessere Koordination und stärkere Förderung der Forschungsvorhaben im Bereich des Wattenmeeres hat am 8. Juli im Anschluß an ein Informationsgespräch in der Universität Oldenburg der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wattenmeer der SPD-Bundestagsfraktion, Ernst Waltemathe, gefordert. Der Bremer Bundestagsabgeordnete erklärte vor der Presse, es ginge darum, die Vereinbarungen der Niederlande, der Bundesrepublik und Dänemark auf Regierungsebene über diesen Problembereich in die Tat umzusetzen. Im Gegensatz zu den beiden Nachbarländern stehe die Bundesrepublik dabei ziemlich am Anfang ihrer Bemühungen und habe noch kein geeignetes Instrument gefunden, gezielt Forschungsförderung in diesem Bereich anzugehen, um Entscheidungsgrundlagen für die Politiker zu schaffen.

Nach Auffassung von Waltemathe müsse zunächst damit begonnen werden, auf Bundesebene die Ministerien und Institutionen an einen Tisch zu bringen, die für den Küstenschutz bzw. für die Vergabe von Forschungsmitteln in diesem Bereich zuständig seien. Allein auf Regierungsebene sind das Umweltbundesamt, das dem Innenministerium untersteht, das Forschungsministerium, das ebenfalls Drittmittel in diesem Bereich vergibt, und das Landwirtschaftsministerium beteiligt. Eine Koordinierung der Aktivitäten findet allerdings nicht statt.

Wie der Dekan des Fachbereichs IV, Professor Dr. Peter Köll, und der Biochemiker Professor Dr. Thomas Höpner dazu erklärten, stehe das Problem der mangelnden Koordinierung nicht nur bei jenen, die Gelder für die Küstenforschung bereitstellen,

sondern auch bei den Institutionen, die die Forschung anstellen.

Der Oldenburger naturwissenschaftliche Fachbereich, der einen seiner Hauptschwerpunkte im Bereich der Küstenforschung habe, bemühe sich allerdings intensiv und erfolgreich um Zusammenarbeit mit anderen Institutionen. So seien u.a. Kontakte mit dem Senckenberginstitut und dem Bremerhavener Institut für Meeresforschung hergestellt. Durch den Kooperationsvertrag mit der Rijksuniversiteit Groningen sei die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet nun auch auf internationale Ebene gerückt.

In der Universität Oldenburg gibt es insgesamt 12 Projekte, die sich mit der Küstenforschung und dem Wattenmeer befassen; darunter auch mehrere, die vom Umweltbundesamt, vom Bundesforschungsministerium, von der VW-Stiftung und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft mit insgesamt 1,5 Millionen Mark finanziert werden.

Schon 42 Anfragen zum Ossietzky-Preis

Schon 42 Interessenten haben beim Kulturdezernat der Stadt Oldenburg den vollständigen Auslobungstext zum Carl-von-Ossietzky-Preis für Zeitgeschichte und Politik angefordert. Die Stadt Oldenburg stiftet diesen Preis zur Erinnerung an den Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky (1889-1938). Der Preis wird am Todestage Carl von Ossietzky's, erstmals am 4. Mai 1981, und nachfolgend alle zwei Jahre für die beste Arbeit vergeben, die sich mit dem geistigen Standort und der Wirkungsgeschichte der Werke Ossietzky's auseinandersetzt. Der Preis ist mit einer Zuwendung von 10.000 Mark verbunden und soll in der Regel nur an einen Preisträger vergeben werden.

Die Preisträger werden von einem unabhängigen Preisgericht, das ehrenamtlich tätig ist, ausgewählt. Dem Preisgericht gehören an Pastor Heinrich Alberts (Berlin), Professor Dr. Martin Broszat (München), Professor Dr. Walter Jens (Tübingen), Dr. Rudolf Walter Leonhard (Hamburg) und Professor Dr. Richard Löwenthal (Berlin).

200 Wissenschaftler und Lehrer bei ATEE-Konferenz

Etwa 200 Wissenschaftler und Lehrer aus 20 Ländern erwarten die Organisatoren der 5. Jahreskonferenz der Association for Teacher Education in Europe (ATEE) vom 2. bis 5. September 1980 in Oldenburg. Die Konferenz der europäischen Lehrervereinigung steht unter dem Thema „Lehren und Lernen in der Lehrerbildung“. Dabei soll es vornehmlich um eine Bestandsaufnahme verwickelter Reformvorhaben gehen sowie um die Diskussion künftiger Bemühung um die Verbesserung der Lehrerbildung. Dazu liegt bereits eine etwa 300 Seiten starke Broschüre zur Konferenz vor, in der die etwa 50 Referate abgedruckt sind. Zu den Hauptrednern der Konferenz werden neben dem Niedersächsischen Kultusminister Dr. Werner Remmers (CDU) der Generaldirektor für Forschung, Wissenschaft und Erziehung bei der Europäischen Gemeinschaft, G. Schuster, und der Beauftragte der Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Hartmut von Hentig gehören. Die ATEE wurde 1976 im Zusammenwirken der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Kulturstiftung in Brüssel mit dem Ziel gegründet, auf europäischer Ebene die Kommunikation

Oldenburg an dritter Stelle

„Trotz aller Unkenrufe“, so Wissenschaftsminister Prof. Dr. Eduard Pestel (CDU), „geht es im Niedersächsischen Hochschulbau zügig weiter, um das gesteckte Ziel von rund 81.000 flächenbezogenen Studienplätzen im vorgesehenen Zeitraum zu verwirklichen.“ Im Haushaltsjahr 1979 steht die Oldenburger Universität an dritter Stelle aller niedersächsischen Investitionsmaßnahmen im Hochschulbereich. In Oldenburg wurde ein Betrag von 16,7 Millionen DM für die Bereiche Grunderwerb, Erschließung, Ersteinrichtung der Bauten und Großgerätebeschaffung ausgegeben. An dieser Summe sind das Land mit 8,5 Millionen DM und der Bund mit 8,2 Millionen DM beteiligt. Eine größere Förderung erhielten die Universitäten Göttingen (30,8 Millionen DM) und die Technische Universität Hannover (17,3 Millionen DM).

In der Pressemitteilung wird nicht erwähnt, daß es im Hochschulausbau einen mehrjährigen Baustopp gab und daß die Zielzahlen inzwischen von 85.000 auf 81.000 reduziert wurden.

und Koordination von Forschung, Entwicklung und Innovation in der Lehrerbildung zu fördern.

Verantwortlich für die Konferenz in Oldenburg ist der Vizepräsident der ATEE, der Oldenburger Erziehungswissenschaftler Professor Dr. Friedrich W. Busch. Er wird im nächsten Jahr an der Spitze der Organisation stehen.

Kurz notiert • Kurz notiert • Kurz notiert

Der RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten) in Niedersachsen kritisiert den Inhalt und den Zeitpunkt der Inkraftsetzung einer neuen Prüfungsordnung für die erste staatliche Prüfung der Grund-, Haupt- und Realschullehrer. Der Erlass des Kultusministers Remmers (CDU) sehe mehr Fächer bei einer von acht auf sieben Semester reduzierten Studiendzeit vor. Diese Politik schaffe „schlechter ausgebildete Lehrer“. Unverständlich, so der RCDS, sei ferner, daß das Kultusministerium die Ergebnisse der Studienreformkommissionen nicht abgewartet hätte, die sich mit Inhalt und Dauer der Studiengänge beschäftigen würden.

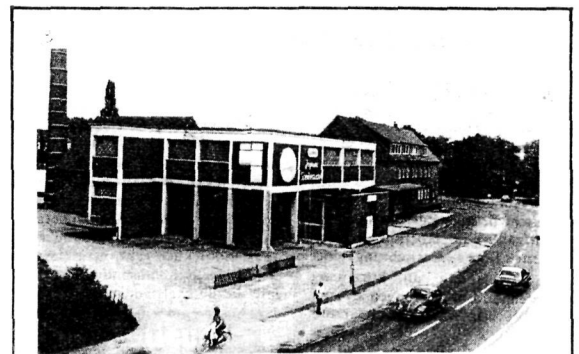
Das Präsidium der Deutschen For-

120.000 DM Zuschuß

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft bewilligte eine Sachbeihilfe für die Erforschung der Struktur, der Funktion und der Evolution der Reptilienlunge. Dr. Steven F. Perry, wissenschaftlicher Assistent im Fach Biologie im Fachbereich IV erhielt einen Betrag von 120.000 DM. Aus dieser Summe soll für zwei Jahre eine technische Assistentenstelle finanziert werden. Außerdem werden ein Ultramikrotom für 35.000 DM und andere kleinere Geräte gekauft.

BIS-Öffnungszeiten in Semesterferien

Zentralbibliothek:	
Lesesaal, Kataloge	9-20 Uhr
Ausleihe, Fernleihe,	
Rückgabe, Verlängerungen,	
Lehrbuchsammlung	9-17 Uhr
Mediothek	10-12 Uhr
Bereichsbibliotheken	9-16 Uhr



Neue Studienplätze für Naturwissenschaftler: Quarkfabrik an der Bloherfelder Straße. Foto: Koopmann

Neue Studienplätze in leerstehenden Fabrikgebäuden

Noch immer steht nicht fest, ob die Universität für fünf Jahre die leerstehenden Fabrikgebäude der Ilegmo an der Bloherfelder Straße und von Coca-Cola an der Cloppenburg Straße bis die naturwissenschaftlichen Gebäude auf dem Standort Wechlof errichtet sind, anmieten kann. Zwar hat der Wissenschaftsminister dem Projekt grundsätzlich zugestimmt, bei Redaktionsschluss fehlte jedoch noch immer das „Ja“ des Finanzministers, mit dem die Universität, so Interimspräsident Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke vor dem Senat, allerdings rechnet.

Von der Hochschulbaugesellschaft sind die Voraussetzungen für die Nutzung der Gebäude bereits getroffen. Sie stellte 2,1 Millionen Mark für die Erstausrüst-

ung der Gebäude zur Verfügung.

Die Anmietung als Übergangslösung ist für die Naturwissenschaften nach Aussage von Professor Dr. Peter Köll, Dekan des Fachbereichs IV, unbedingt erforderlich, um insbesondere Forschung in einem nennenswerten Umfang weiter betreiben zu können. Nach Berechnungen des Ministeriums vom vergangenen Jahr ist die Überbelegung der naturwissenschaftlichen Studienplätze an der Universität Oldenburg mit 169 Prozent überproportional hoch in Niedersachsen.

Die beiden Gebäude sollen für insgesamt fünf Jahre angemietet werden. In ihnen können ca. 150 flächenbezogene Studienplätze eingerichtet werden.

Verhandlungen über Kooperationsgelder mit Groninger Delegation

Erster offizieller Besuch in der Universität

Im Mittelpunkt der ersten Gespräche, die am 23. Juni eine offizielle Delegation der Groninger Universität in Oldenburg führte, stand die Förderung von Forschungsvorhaben, die von Wissenschaftlern beider Universitäten gemeinsam betrieben werden. Für solche und andere Aufgaben ist in dem im April dieses Jahres zwischen beiden Universitäten abgeschlossenen Kooperationsvertrag eine jährliche Zuwendung von jeweils 50.000 Mark bzw. Gulden vorgesehen.

Beide Seiten stimmten darin überein, diese Mittel vorwiegend zur Initiierung neuer Vorhaben einzusetzen, die eine Startfinanzierung erhalten sollen, deren weitere Kosten dann jedoch aus den allgemeinen Lehr- und Forschungsmitteln der Universitäten abgedeckt werden sollten. In diesem Jahr werden die Mittel allerdings weitgehend zur Unterstützung bereits angelaufener Vorhaben verwendet. Gefördert werden unter anderem:

- das Vorhaben „Gemeinsame Nut-

zungsmöglichkeiten gemeinsamer Ressourcen in der Ems-Dollart-Region“ aus dem Bereich Regionalplanung;

- eine Untersuchung des „Farbstreifens Sandwat“ an der Nordseeküste, die von Mikrobiologen beider Universitäten getragen wird;

- die Finanzierung und Publikation einer Ringvorlesung von Erziehungswissenschaftlern „Integration und Differenzierung im Bildungswesen“;

- gemeinsame Vorhaben im Bereich der Psychologie sowie

- die Herausgabe der Symposiumsvorträge „Entwicklung in der holländischen Nord-Region und Nord-West-Region der Bundesrepublik Deutschland.“

Es hat sich als erforderlich herausgestellt, im nächsten Jahr einen Teil der Kooperationsmittel aus dem Haushaltstitel für Gastvorträge und Lehraufträge zu reservieren, da in diesem Bereich ein relativ großer Bedarf besteht, aber die Kosten nicht aus der jetzt in Anspruch genommenen Titelgruppe 71 des Haushalts abgedeckt werden können.

Der zweite Schwerpunkt des Besuchs der Groninger Delegation, der der Rector magnificus Prof. Dr. Borgman, der Kanzlervertreter Mesdag, zwei Mitglieder des Verwaltungsrates sowie weitere Verwaltungsbeamte angehörten, galt der Information über die Verwaltung der Universität Oldenburg. jb

Im Bundestag verteidigte Jürgen Schmude, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, die von ihm vor einem Jahr vorgelegten „Leitvorstellungen für die künftige Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“. Die erhöhten finanziellen Aufwendungen nannte Schmude als Grund dafür, daß die Bundesregierung die Pläne noch nicht beraten und beschlossen habe. Einen Antrag der CDU/CSU-Opposition nannte Schmude „unangereif“, da er Kosteneutralität und zugleich die Erweiterung der Förderungsmöglichkeit fordere.

WRK gegen Reduzierung des Ausbaus der Hochschulen

Die auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) vertretenen Präsidenten und Rektoren der Mitgliedshochschulen haben Anfang Juni in Würzburg eindringlich vor einer Revision der Ausbauzielzahlen im Hochschulbereich gewarnt. Eine Ausrichtung der Hochschulplanung an kurzfristig auftretenden Entwicklungen sei zum Scheitern verurteilt. Vor dem Hintergrund der Irrtümer der Bildungsprognostik in der Vergangenheit gehe es für die Annahme einer ungenügenden Auslastung in den nächsten 40 Jahren keine triftigeren Argumente als für die Annahme einer normalen Auslastung oder gar wiederholten Überlastung des Hochschulsystems. Die Planung habe auch die in Zukunft verstärkte an die Hochschulen herangetragenen Anforderungen im Bereich der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens zu berücksichtigen.

Weiter heißt es in der Mitteilung der WRK, die Tatsache, daß mittlerweile 20 % eines Altersjahrganges ein Hochschulstudium aufnehmen und die Knappheit der für den Bildungsbereich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erforderlichen eine stärkere Differenzierung der vom Hochschulsystem angebotenen Ausbildungsgänge und akademischen Abschlüsse. Hochschulbildung nach der Bildungsexpansion müsse neben Breitenausbildung auch Eliteförderung umfassen. Weiter sei nach Jahren des Primats der Lehre und Ausbildung die für die 90er Jahre erwartete Normallast dazu zu nutzen, die Gleichrangigkeit von Forschung und Lehre wieder herzustellen. Dabei habe die Forschung jedoch unabhängig von der Lehre ihre eigenen Schwerpunkte zu setzen.

Die Präsidenten und Rektoren setzen sich auch mit der Forderung nach einem stärkeren Praxisbezug des Studiums auseinander. Vor einer Ausfüllung dieses Begriffs im Sinne einer unmittelbar an Berufsbildern orientierten Ausbildung wurde nachdrücklich gewarnt. Eine derartige Hochschulausbildung verringere die Beschäftigungsperspektiven der Absolventen in einer schnellen Entwicklungen unterworfenen Arbeitswelt. Langfristige Berufsorientierung verlange eine breite wissenschaftsbezogene Grundlegung, die erheblich über eine an der Praxis orientierte Ausbildung hinausgehe.

Orientierungslosigkeit der Studenten abbauen

„Der zunehmenden Orientierungslosigkeit der Studienanfänger und Studenten kann nur durch eine systematische Beratung begegnet werden, welche bereits in den letzten Schuljahren beginnt, studiumbegleitend angeboten wird und den Bezug zur späteren Berufstätigkeit herstellt.“ Darauf wies der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Professor Dr. Eduard Pestel (CDU), anlässlich der Vorlage des ersten Abschlußberichts über den Modellversuch „Aufbau der Studien- und Studentenberatung unter besonderer Berücksichtigung des Zusammenhangs von Ausbildungs- und Beschäftigungssystemen“ hin. Dieser bisher vom Land Niedersachsen unter Beteiligung der Hochschulen Braunschweig, Clausthal, Göttingen, Hannover und Hildesheim sowie dem Institut für Regionale Bildungsplanung durchgeführte Modellversuch hätte bewiesen, daß das Land

Zitat

„Die Deutschen haben zwar die Welt in zwei Kriege gestürzt, aber das reicht ihnen nicht. Sie wollen aller Welt beweisen, daß sie verrückt sind. Gelegenheit dazu gibt es immer, besonders im öffentlichen Dienst. Neuerdings haben sie die sogenannte Extermistenfrage angepackt, um aller Welt ihre Schizophrenie (= Spaltungsirrese) zu beweisen. Wer immer sich bisher gegen das irreführende Schlagwort 'Berufsverbote' gewendet hat, wird das künftig guten Gewissens nicht mehr tun können.“ Rudolf Augstein im „Spiegel“ vom 16. Juni (25/80) über die Rechtsprechung des Disziplinargerichts zur Frage „Kommunisten bei Bundesbahn und Bundespost“.

hier auf dem richtigen Weg sei, betonte Minister Pestel.

An der Universität Oldenburg existiert seit 1975 eine Zentrale Studienberatung, die mit zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern und einer Sachbearbeiterin besetzt ist. Im kommenden Jahr soll eine weitere Stelle hinzukommen. Die Oldenburger Beratungsstelle arbeitet aufgrund eines Kooperationsvertrages eng mit dem Arbeitsamt zusammen.

Ausschreibung

Im Zentralen Schreibbüro wird für die Fertigung des Veranstaltungsverzeichnis für die Zeit vom 21. Juli bis 29. August 1980 eine Halbtagsaushilfskraft gesucht. Es muß sich dabei um eine an der Universität im Schreibdienst beschäftigte Halbtagskraft. Bewerbungen an die Abteilung I.1., Raum 008.

Besuch aus Danzig

Am 18. Juni besuchte eine Gruppe von Hochschullehrern und Studenten der Universität Gdansk (Danzig) die Universität Oldenburg. Das Besuchsprogramm sah ausführliche Informationen über die Hochschule und die Stadt Oldenburg vor. Am Nachmittag gab es in der Sporthalle des Sporttrakts der Universität eine Vorführung polnischer und internationaler Folklore.

Habilitationen & Promotionen

Der Fachbereich II hat das Habilitationsverfahren für Dr. Gunther Salje für das Lehr- und Forschungsgebiet „Medienanalyse und praktische Medienarbeit mit dem Schwerpunkt Film, Fernsehen, Video“ am 11. Juni 1980 eröffnet.

Helga Urban reichte ihre Dissertation mit dem Thema „Integrationsmechanismen in der Wirtschaftsgesellschaft - Sozialisation von Schülern im Bereich 'Wirtschaftspolitik'“ ein. Sie hat ihre Promotion mit der Gesamtnote „Gut“ bestanden.

Dr. Manfred Pawlitta ist mit der Note „sehr gut“ promoviert worden. Thema der Dissertation: Die Sozialistische Industrialisierung in Polen unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in der eisenschaffenden Industrie.

Die Dissertation von Heike Fleßner mit dem Titel „Zur Entwicklung öffentlicher Kleinkindererziehung auf dem Lande (1870 bis 1924)“ und die dazu gefertigten Gutachten liegen bis zum 16. Juli 1980 in der Geschäftsstelle des Fachbereiches I aus.

Personalien

Professor Dr. Hinrichs und Professor Dr. Schmidt, Historiker im Fachbereich III, haben an einem Kolloquium der Herzog-August-Bibliothek, Wolfenbüttel, teilgenommen mit dem Titel: „Sozialer und kultureller Wandel in der ländlichen Welt des 18. Jahrhunderts“. Dieses Kolloquium war ein gemeinsames Treffen deutscher Historiker und Volkskundler, das von Hinrichs und Professor Dr. Wiegmann (Münster) geleitet wurde.

Prof. Dr. Nils B. Thelin, Fach Russisch, hat im Slavischen Institut der Universität Groningen zwei Gastvorträge gehalten zu den Themen „Aspekt und Aktualität im Russischen“ und „Die russische Konjugation: alternative Modelle und ihr empirischer Wert im Lichte eines psycholinguistischen Experiments“.

Professor Dr. Peter Brucker, Mathematiker im Fachbereich IV, hat einen Ruf auf eine C 4-Stelle für „Angewandte Mathematik“ an der Universität Osnabrück erhalten.

Rita Liffers und Jutta Ziegler wurden als wissenschaftliche Angestellte im Fachbereich III (Bevölkerung, Familienstruktur und Arbeitsorganisation im heimindustriellen Nebenerwerb: Die Korkschneiderei in Hasbergen und auf der Delmenhorster Geest) eingestellt.

Anna Margarete Taube wurde als wissenschaftliche Angestellte im Fachbereich III (Zur Entstehung der Bevölkerungsstatistik in Oldenburg 1650 bis 1815) eingestellt.

Manfred Weber ist im Dez. 2.1 zum Regierungsinспекtor ernannt worden (Aufgabengebiet: Beamtenangelegenheiten).

Anke Schröder ist zur Bibliotheksinspektorin z.A. im BIS ernannt worden (Abteilung Erwerbung und Katalogisierung).


Spedition
Möbeltransport
International
DEUS

TEL. (0441) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800

29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (0441) 2 52 88



JEANS
von
Horten
Levis · Wrangler · Pioneer · Lois · Settler

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelpkopfschreibmaschinen ab DM 759,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!
EBS ERLBECK
Weddigenstraße 3 · 2900 OLDENBURG · Fernruf (0441) 8 51 25
Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

★
In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 141

TABULA
BUCHLADEN
IM HERBARTGANG



2 Stunden
Examensarbeiten-Service

Fotokopien
Buchbindarbeiten
Zeitschriften Berichte

HENCKUS
Buchbinderei
Edewechter Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 23 97

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Die richtige Adresse für erstklassige und preiswerte FOTOKOPIEN in Oldenburg:

COPIER SERVICE
AMMERLÄNDER HEERSTRASSE 88 TELEFON 52091

Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf · Kopie 10 Pf

Grund- & bodensolide

ÖBS Immobilien GmbH
OLDENBURG · MARKT · RUF 0441/2371

Mit der OBS den Grundstein legen.

ÖBS Öffentliche Bausparkasse
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN

Die Bausparkasse der Sparkassen mit Heimvorteil